

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kosten

Antwort auf den Klimawandel zu geben sei die wichtigste Aufgabe der Politik, behauptet EU-Kommissionspräsident Barroso. Vielleicht hat er ja recht. Darf man da überhaupt fragen, was es kostet, den Ausstoß der Treibhausgase zu begrenzen? In der Klimadebatte von Berlin über Wiesbaden bis Brüssel wird vielfach so getan, als seien die Klimaschutzkosten „Peanuts“; oder die Kostenfrage wird von vornherein als unsittlich verworfen angesichts preisgekrönter Katastrophenszenarien. Aber es ist ein Gebot politischer Redlichkeit, den Leuten reinen Wein einzuschenken. Es wird einiges kosten, den Kohlendioxidausstoß zu verringern und den Anteil der erneuerbaren Energie drastisch zu erhöhen – in Form höherer Strompreise, in Form verllorener Arbeitsplätze, weil die Produktion ins Ausland verlagert wird. Man kann auch auf diesem Weg die Deindustrialisierung Deutschlands fortsetzen, die im Falle Nokia so sehr betrauert wird. Es ist kein erbaulicher Gedanke, dass wir politisch dekretierten „wirtschaftlichen Selbstmord“ (EU-Kommissar Verheugen) begehen, während andere sich ins Fäustchen lachen. K.F.

Heikel

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Frankreich zur Zahlung eines Schmerzensgeldes verurteilt, weil einer lesbischen Frau die Adoption eines Kindes mit dem Argument verweigert worden war, dieses hätte keine „väterliche Bezugsperson“. Das sei diskriminierend. Das Urteil ist bemerkenswert. Es wirft den gegenteiligen Spruch des höchsten französischen Verwaltungsgerichts, des Conseil d'Etat. Es greift in eine Debatte über das Adoptionsrecht für Homosexuelle ein, die – nicht nur in Frankreich – seit langem geführt wird. Und es stellt das Diskriminierungsverbot offenbar über die Ablehnungsgründe der französischen Gerichte, die sich auf das Kindeswohl berufen hatten. Die Entscheidung mit zehn zu sieben Stimmen zeigt, dass es wohl auch unter den Richtern eine heftige Debatte gegeben hat. Es fragt sich, ob das Straßburger Gericht, das hohes Ansehen genießt, gut beraten war, sich in einer so heiklen Frage festzulegen, bevor die nationalen Gesetzgeber entschieden haben. Der Eindruck, dass „Europa“ über die Köpfe und Gefühle der Leute hinweg entscheide, wird dadurch befestigt. Nm.

Unglaublich

Es sind nicht nur die Widersprüche zwischen eigenen Äußerungen und den Ankündigungen ihres Kultusministers im Schattenkabinett – etwa über die Aussetzung des achtjährigen Gymnasiums –, die Frau Ypsilantis schulpolitische Vorstellungen unglaublich machen. Niemand wird ihr auch das Recht der freien Schulwahl bestreiten, denn sie hat Geschmack bewiesen und eines der besten privaten Gymnasien für ihren Sohn ausgewählt, was günstigerweise wohnortnah liegt. Allerdings gerät ihre private Entscheidung dadurch in ein schiefes Licht, dass sie nach einem Wahlsieg anderen Eltern die freie Schulwahl verwehren will. Wenn es keine Grundschulempfehlung und keine Querversetzungen mehr geben soll, wird nicht nur das Gymnasium zur Einheitsschule gemacht, weil es alle Schüler auf Gedeih und Verderb zur mittleren Reife führen muss, sondern gleichzeitig wird auch der Elternwille abgeschafft. Damit reiht sich Frau Ypsilanti in eine lange Tradition früherer Politiker ein, die das Land mit Gesamtschulen überzogen, ihre eigenen Kinder aber auf humanistische oder private Gymnasien schickten. oll.

Die Bundespolizei wird reformiert

Hinhaltender Widerstand von SPD und Gewerkschaft / Von Peter Carstens

BERLIN, 23. Januar. Glaubt man den Klagen von Gewerkschaftsvertretern bei der Bundespolizei, so sind die etwa 40 000 Beamten und Angestellten dieser größten Behörde der inneren Sicherheit erschöpft und verarmt aus den beiden Reformen hervorgegangen, die seit 1990 über den damaligen Bundesgrenzschutz gekommen sind. Nun droht den Bundespolizisten der nächste Umbau. Die seien, so die Gewerkschaft GdP, ohnehin die bundesweit am schlechtesten bezahlten Polizisten. Allerdings haben sie immerhin die flottesten Hubschrauber, moderne Fahrzeuge, imponierende Küstenschutzschiffe und ein Spezialkommando (GSG 9), dem nichts fehlt, was gut und teuer ist. Vieles davon verdankt die Bundespolizei dem früheren Innenminister Schily (SPD) und einem geschickt agierenden Abteilungsleiter, die nach dem 11. September 2001 Milliarden beschafft haben.



14. Januar: Der Innenausschuss berät über die Reform der Bundespolizei

Foto dpa

despolizei-Gewerkschaft gemeinsam mit der SPD und Oppositionsparteien einen zumindest hinhaltenden Widerstand gegen die Reform, die unter Federführung des Staatssekretärs Hanning von Schäuble vorangetrieben werden sollte. Und wie inzwischen üblich bei Fragen der inneren Sicherheit, hat die SPD abermals für Verzögerung gesorgt und dafür, dass die Veränderungen nicht zum Jahresanfang begonnen wurden. So verharrt die Organisation seit Monaten in einem Schwebezustand, der unerfreulichsten aller Lagen für jede Beamtenschaft.

Obleich auch bei der SPD die Auffassung vertreten wird, interne Organisationsfragen seien in erster Linie Vorrecht des Ministers, nutzte sie eine Anhörung im Bundestag dazu, allerlei Grundsatz-erwägungen anstellen zu lassen und sich über mangelnde Transparenz, Effizienz und Kostenneutralität zu beklagen sowie die sogenannten Fachleute mit Suggestivfragen zu behelligen. Die Experten waren deshalb „sogenannte“, weil das Ministerium sie so schlecht informiert hatte, dass sie mehrheitlich erklärten, eigentlich keine fachkundigen Auskünfte über die geplante Reform geben zu können. In die-

sem Sinne äußerten sich beispielsweise die Polizeipräsidenten von Berlin und Münster, Glietsch und Wimber, sowie der Gewerkschaftsvertreter Scheuring. Das Innenministerium scheint auf diese Weise seine Auffassung dokumentiert zu haben, der zufolge es das Parlament nur eingeschränkt zu interessieren habe, wie Minister und Staatssekretäre die dortige Arbeit intern organisieren.

Aus welchem fachlichen Grund BKA-Präsident Ziercke einen Experten zur Bundespolizei abgeben sollte, blieb gleichermaßen unerklärlich. Man muss an-

nehmen, dass der redigewandte und öffentlichkeitserprobte BKA-Präsident inzwischen zu einer Art Mehrzweck-Präsident im Dienste der ministeriellen Belange geworden ist.

Unerhofft durchsichtig präsentierte der Leiter der Arbeitsstabes Bundespolizeireform, Seeger, einige Motive, warum die Reform bei aller Kritik auch intern unterstützt wird: So bietet die Errichtung eines zentralen Präsidiums in Potsdam für etwa 700 Beamte und Angestellte eine interessante Berufsperspektive. Mehrfach äußerte er zudem die Erwartung der Bundespolizei, als künftige oberste Bundesbehörde Gleichrangigkeit mit BKA und BfV beanspruchen zu dürfen – und entsprechend mit sehr gut dotierten Stellen ausgestattet zu werden. Eventuell ist noch mit einem Neubau für das Bundespolizeipräsidium zu rechnen, der in aller Bescheidenheit den Vergleich mit Bauvorhaben von Bundeskriminalamt und Bundesnachrichtendienst (!) nicht scheuen dürfe. Da werden offenbar weitreichende Erwartungen gehegt, auch an den Finanzminister.

Zu den fachlichen Notwendigkeiten der Reform ergab die Anhörung wenig. Das Ministerium hatte in allgemeinen Wendungen von Einsparungs- und Effizienz-erwägungen gesprochen sowie von neuen Herausforderungen an die Bundespolizei durch illegale Migration, Terrorismus und Auslandseinsätze. Darüber wären die Abgeordneten gerne genauer informiert worden. Aus den Darlegungen des auf wenige Zahlen und mehr Vermutungen angewiesenen Berliner Polizeipräsidenten ergab sich, dass die illegale Migration seit Jahren rückläufig sei. Das gilt auch für die Grenzen im Osten. Es werde aber, so versicherte Seeger, die deutsche Ostgrenze nach der Schengen-Erweiterung die am besten gesicherte Grenze innerhalb der Europäischen Union sein. Immerhin 3000 von heute 4000 Bundespolizisten sollen dort weiterhin stationiert bleiben. Hoffnung, die Reform noch verhindern oder grundsätzlich beeinflussen zu können, hat die Anhörung nicht genährt. „Die Weichenstellungen sind richtig“, ließ Schäuble am Tag danach mitteilen.

Kurswechsel aus Vernunft

Griechenland und die Türkei bleiben einander in Misstrauen verbunden / Von Michael Martens

Türken Kardak genannt, ist ein unbewohntes Felseninsel in der Ägäis, zu Griechenland gehörend, aber von der Türkei beansprucht. Nachdem zwei türkische Journalisten die dort gehisste griechische Flagge eingeholt und durch die türkische ersetzt hatten, sollen schon Kriegsschiffe beider Seiten auf Fahrt gewesen sein. Erst die Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Clinton brachte die Streitenden zur Vernunft. Simitis bringt den Vorfall auf eine treffende Formel: „Das Irrationale in der Beziehung zwischen Griechenland und der Türkei schien ganz normal und das Normale völlig irrational zu sein. Dies

etwas Maßgebliches geboten bekommen. Maßgeblich ist nicht nur das, was einen selbst beschäftigt, sondern auch das, was den anderen im Kopf herumgeht.“

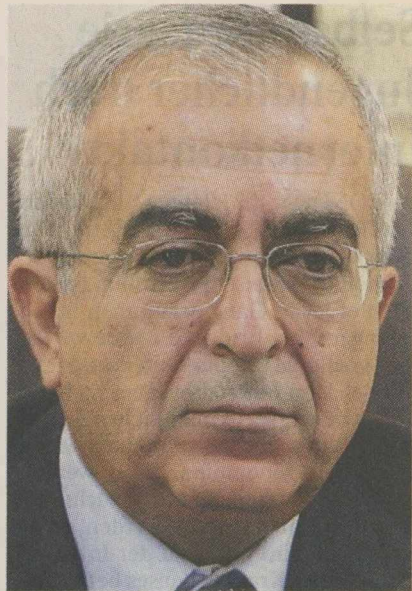
Die Rechnung ging weitgehend auf – unter Simitis wurde Griechenland den Ruf eines bockigen Störenfrieds, den sich die griechische Diplomatie zur Zeit des Ministerpräsidenten Andreas Papandreu ehrlich erarbeitet hatte, langsam los. Das Auftreten von Papandreu Sohn Georgios als Außenminister trug einiges dazu bei, auch wenn Griechenland auf das Mittel der Vetodrohung keineswegs verzichtete, etwa beim Thema europäische Zollunion mit der Türkei.

Für seinen größten Erfolg dieser Zeit hält Simitis, dass die EU auf dem Gipfel in Helsinki 1999 ihre Forderung aufgab, Zypern müsse zunächst die innere Teilung überwinden, bevor es der EU beitreten könne: „Die Sitzung des Europäischen Rats begann mit der Aussprache zur Erweiterung der Europäischen Union. Ich erklärte, ich könne der Erweiterung keinesfalls zustimmen, da man unsere Positionen nicht akzeptiere. Daraus ergab sich ein unlösbares Problem, und die Sitzung musste unterbrochen werden ... Unter großen Mühen und dem diskreten Beistand von Javier Solana erreichten wir schließlich unser Ziel ... Heute ist Zypern dank Helsinki ein volles Mitglied der EU.“ Eine die Beziehungen ständig belastende Angelegenheit blieb die Lage der teilweise von der Türkei besetzten Insel jedoch auch, nachdem ihre Teilung gleichsam europäisiert worden war. Das Verhältnis zwischen Athen und Ankara ähnelt trotz des vor einem Jahrzehnt eingeleiteten Kurswechsels einer häufig kriselnden Vernunft-ehe – doch die Erfahrung lehrt, dass derlei Bindungen oft besser halten als jene, die auf dem unsteten Grund der Emotionen geschlossen werden.

Das griechisch-türkische Verhältnis gleicht einer Vernunft-ehe. Das muss kein schlechtes Zeichen sein.

musste sich unverzüglich und radikal ändern, doch das war nicht einfach.“

Simitis und das griechische Außenministerium organisierten zunächst Informationsreisen durch europäische Hauptstädte, um die anderen EU-Mitglieder von einer Haltung abzubringen, die Simitis als „starre Position der Äquidistanz“ gegenüber Griechenland und der Türkei bezeichnet. Simitis, der nie ein mitreißender Redner war, durch seine ruhige, trockene Art in kleiner Runde jedoch zu überzeugen weiß, hatte erfahren, „dass internationale Begegnungen zu einem guten Ergebnis führen, wenn sich die Kommunikation nicht auf altbekannte und abgedroschene Sprachformeln und die inhaltsleeren Schreiben der diplomatischen Dienste beschränkt. Der Gesprächspartner möchte



Salam FAJAD

Foto AP

Unbestechlich

Der palästinensische Ministerpräsident Salam Fajad ist Bankier. Der 1952 in einem kleinen Dorf bei Tulkarm im Norden des Westjordanlands geborene Bankier steht für friedliche Finanzströme, Unbestechlichkeit und Gradlinigkeit. Charisma hat Fajad freilich nicht. Der kleine Mann mit der Brille überzeugt durch sein selbstbewusstes Auftreten und seinen scharfen Verstand. Gerne spricht er über seine Kinder oder über klassische Musik.

Wahrscheinlich ist Fajad nicht einmal Politiker. Zumindest drängte er sich der Politik in den palästinensischen Gebieten nicht auf. In Austin (Texas) wurde Fajad in den Wirtschaftswissenschaften promoviert. Außerdem besitzt er ein Ingenieursdiplom der amerikanischen Universität Beirut. Er lehrte in Amman. 1987 wechselte Fajad zur Weltbank. Von 1995 bis 2001 vertrat er den Internationalen Weltwährungsfonds in Jerusalem.

Weil Fajad und seine Frau aus bekannten palästinensischen Familien kommen, wurde der Bankier schnell ein Teil der Gesellschaft. Sein guter Ruf in Washington lockte die PLO. Als die Israelis PLO-Chef Arafat auf der Höhe der letzten Intifada zu isolieren trachteten, ernannte er Fajad 2002 zum Finanzminister, um die Hilfs-gelder für die Palästinenser zu sichern. Fajad agierte unabhängig und machte sich bei Arafat bald unbeliebt: Der verfügte über mindestens acht Prozent des Budgets allein, schimpfte Fajad.

Später stellte Fajad den Haushalt ins Internet, um die Vorwürfe von Vetterwirtschaft und Korruption zu entkräften. Sein Budget war auch nach israelischen Erkenntnissen kristallklar; es erntete Lob von Präsident Bush. Nach dem Tod Arafats übernahm Fajad das meiste aus der ihm zugänglichen PLO-Kasse und integrierte das Geld nach seinem Bekunden in den palästinensischen Haushalt.

Dass Fajad nicht an einem Amt hängt, machte er 2003 deutlich. Er trat zurück, als sich Arafat und sein Ministerpräsident Qurei nicht innerhalb der gegebenen Fristen über einen Innenminister einigen konnten. Im Juni 2007, nach dem Putsch der Hamas im Gaza-Streifen, rief ihn Arafat-Erbe Abbas zum Chef einer neuen Übergangsregierung nach Ramallah. Auch diesem Ruf konnte sich Fajad nicht entziehen. Im Chaos gilt Fajad als Versicherung für die Grundversorgung seiner Nation.

Damals machte er den Übergangscharakter der jetzt nur über das Westjordanland herrschenden Regierung deutlich. Mittlerweile scheint sich die Hamas-Herrschaft in Gaza zu festigen. Fajad versucht trotzdem, die Angestellten der Fatah und die Gemeinden im Gazastreifen zu unterstützen.

Angewidelt lässt Abbas ihn frei wirken. Auch wenn mittlerweile Fajads Reformen in der Finanz- und Sozialpolitik spürbar werden, beliebt ist er nicht. Viele werfen ihm vor, ihm sei saubere Politik lieber als der nationale Kampf gegen Israel. Es gibt immer wieder Todesdrohungen. Andererseits tut Israel wenig, um Fajad zu helfen: Nach UN-Angaben nimmt die Zahl der Straßensperren zu, die Wirtschaft ist gelähmt. Wenn Fajad vor dem Zusammenbruch des „Friedensprozesses“ warnt, sollte man dem nüchternen Bankier Glauben schenken. JÖRG BREMER